



## Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Haus der Vereine
- 0 Lärmschutz Autobahn
- 0 Einkaufszentren
- 0 Equal Pay Day

# NACHRICHTEN

Österreichische Post AG . RM Wahlen . 17A04111E . 8020 Graz

## Sozial - auch nach der Wahl!

Wir haben mit **Claudia Klimt-Weithaler**, der Spitzenkandidatin der KPÖ-Steiermark folgendes Interview geführt:

**Die KPÖ steht bei der Nationalratswahl am 15. Oktober auf dem Stimmzettel. Wieso?**

Ganz einfach. Weil es eine grundsätzliche Alternative braucht. Vor den Wahlen wird viel versprochen. Nach dem Wahltag ist das dann ganz schnell wieder vergessen. Eine Stimme für die etablierten Parteien ist eine verlorene Stimme. Die etablierten Parteien haben den Bezug zu den einfachen Menschen längst verloren und führen täglich vor Augen, wie abgehoben die Politik geworden ist.

**Parallel zum Wahlkampf sammelt die KPÖ auch Unterschriften. Es geht um leistbares Wohnen. Was will die KPÖ erreichen?**

Seit Jahren verspricht die Bundesregierung, Maßnahmen zu setzen, die das Wohnen leistbarer machen, bisher ist nichts passiert. Das muss sich ändern! Denn immer mehr Menschen können sich das Wohnen kaum noch leisten. Um diese Entwicklung zu stoppen fordern wir zum Beispiel fixe Mietzinsobergrenzen oder die Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen.



**Die KPÖ plakatiert auch, dass sie die Politikerbezüge kürzen will. Warum?**

Weil PolitikerInnen mit abgehobenen Bezügen abgehobene Politik machen. Sie wissen oft gar nicht mehr, wie es den einfachen Menschen geht. Die KPÖ geht einen anderen Weg. Einen Großteil unserer Einkommen verwenden wir für Menschen, die in eine Notlage geraten sind.

**KPÖ-Spitzenkandidatin Claudia Klimt-Weithaler:**

*„Ich will ein Zeichen setzen, und egal was daraus wird, ob wir in den Nationalrat einziehen oder nicht, unsere Arbeit im Interesse der Menschen wird weitergehen.“*

*Wir werden konsequent bleiben, wir werden ehrlich bleiben und wir werden sozial bleiben und das ist für die Menschen, glaube ich, das Wichtigste.“*

**Budget lässt sich damit aber keines sanieren...**

Das vielleicht nicht. Aber viele PolitikerInnen reden immer vom Sparen, bei sich selbst wollen sie aber nicht anfangen.

Wir gehören nicht zu denen, die Wasser predigen und Wein trinken. Seit ich im Landtag bin, sind schon fast 400.000 Euro aus meinem Gehalt in den KPÖ-Sozialfonds geflossen. Da sieht man schon, dass die Summen nicht so klein sind, die PolitikerInnen bekommen.

**Fortsetzung →**

**Wohnen darf nicht arm machen.**

**KPÖ** plus

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)



Claudia Klimt-Weithaler

[www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

**Fortsetzung ↓****Stichwort Arbeitslosigkeit. Welche Rezepte hat da die KPÖ?**

Hier braucht es einen grundsätzlichen Richtungswechsel. Auf der einen Seite wächst die Zahl der Langzeitarbeitslosen ständig, und die Menschen verzweifeln und werden krank, weil sie keine Arbeit finden können. Auf der anderen Seite müssen viele immer mehr Überstunden machen und werden ebenfalls krank, weil sie bis zum Umfallen arbeiten. Die KPÖ setzt sich deshalb für eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein.

**Auch die Vollzeitjobs werden immer weniger.**

Das stimmt. Immer mehr Menschen, vor allem Frauen, sind gezwungen, Teilzeit zu arbeiten oder sind überhaupt prekär beschäftigt. Das ist aber kein Naturgesetz. Hier müssen klare Regelungen her, um diesen Wildwuchs einzudämmen. Auch die Leiharbeit muss zurückgedrängt werden. Die Menschen brauchen Arbeitsplatzsicherheit und ein solides Einkommen.

**Wahlentscheidend, sagen die Statistiken, werden auch dieses Mal wieder die Frauen sein. Welches Angebot hat die KPÖ für sie?**

Die KPÖ macht Frauenpolitik nicht nur am 8. März, so wie viele andere Parteien. Es braucht keine Lippenbekenntnisse, sondern ganz konkrete Verbesserungen: Frauen, die Kinder groß gezogen haben, dürfen im Pensionssystem nicht länger benachteiligt werden.

Es braucht kostenlose und gute Kinderbetreuung. Väterkarenz muss selbstverständlich – und nicht von der Erlaubnis des Unternehmens anhängig sein. Und dass

Frauen immer noch weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen, sollte schon längst der Geschichte angehören.

**Viele werden aber wohl auch dieses Mal „taktisch wählen“.**

„Taktisch“ zu wählen ist noch jedes Mal nach hinten losgegangen. Auch Freunde von mir haben zuletzt Voves gewählt, um einen schwarzen Landeshauptmann zu verhindern. Bekommen haben sie Schützenhöfer. Wenn alle so wählen würden, wie sie politisch denken, hätten viele Verschlechterungen keine Mehrheiten gefunden.

Andererseits hat sich auch gezeigt, dass die KPÖ viele Verbesserungen erreichen kann. Etwa die Abschaffung des Pflegeregresses in der Steiermark, die teilweise Rücknahme der Verschlechterung der Wohnbeihilfe oder die vielen Verbesserungen beim Wohnen in Graz. Gerade erleben wir, dass viele Themen (Regress, Wohnen...), die die KPÖ seit Jahren bearbeitet, nun im Wahlkampf auch von den anderen Parteien aufgegriffen werden.

**Und deswegen sollte man KPÖ wählen? Was kann denn die KPÖ tatsächlich verändern?**

In den letzten Wochen haben sich viele auf „wahlkabine.at“ informiert, wie ihre eigenen Ansichten mit den Programmen der Parteien übereinstimmen. Nicht wenige waren erstaunt, dass ihre Werte und Haltungen am ehesten von der KPÖ vertreten werden.

Wenn jetzt auch nur die Hälfte von ihnen wirklich KPÖ wählen würde, dann gäbe es im Parlament eine Partei, die auch wirklich ihre Interessen vertritt. Interessanter Gedanke, oder?

.....

## Kinderland Kinderfest



Viel Spaß und lustige Spiele gab es heuer wieder beim Kinderland Kinderfest in der Portnigstraße. Auch mit dem Wetter hatten wir Glück.

Nach der Absolvierung von zehn Spielstationen konnte sich jedes Kind ein Geschenk aussuchen. Besonders beliebt war wieder der „Grand-Prix“.

Viele BesucherInnen haben es bedauert, dass der schöne Spielplatz wegen der geplanten Neubauten bald verkleinert wird.

Kinderland-Knittelfeld bedankt sich bei allen MitarbeiterInnen, die es ermöglicht haben ein schönes Kinderfest zu veranstalten!

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet.

Unsere Internetadresse: [www.kpoe-steiermark.at](http://www.kpoe-steiermark.at)

E-Mail: [kpoe.knittelfeld@aon.at](mailto:kpoe.knittelfeld@aon.at)

## Haus der Vereine: Umbauarbeiten um rund eine Million Euro beschlossen

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Auftragsvergabe für die Umbauarbeiten für das „Haus der Vereine“ beschlossen. Das ehemalige Bezirksgericht wird umgebaut. Unter anderem müssen die Dachkonstruktion und mehrere Innenwände durch eine Stahlkonstruktion ersetzt werden. Die Eröffnung ist für 1. Mai 2018 geplant.

**Aufträge** im Wert von rund einer Million Euro inklusive Mehrwertsteuer werden vergeben. Mit dieser Summe soll der Löwenanteil der Umbauarbeiten abgedeckt sein. Einzelne Posten, wie z.B. Kücheneinrichtungen, müssen erst beschlossen werden. Die KPÖ hat gegen diese Auftragsvergabe gestimmt.

**Wir** sind nicht gegen ein „Haus der Vereine“, aber wir waren gegen den Ankauf des Bezirksgerichtes für dieses Vorhaben. Denn die Gemeinde hat für das Objekt um 360.000(!) Euro mehr bezahlt als die Vorbesitzer dem Bund. Eine Preissteigerung von 61 % innerhalb von zweieinhalb Jahren - und das auf Kosten der SteuerzahlerInnen. Nachdem wir - als einzige Fraktion - gegen den Ankauf des Hauses gestimmt haben, erscheint es uns logisch und konsequent, auch gegen die Umbauarbeiten an diesem Haus zu stimmen.

**Nach** unserer Ablehnung wurde uns sofort vorgeworfen, die KPÖ sei gegen die Knittelfelder Vereine. **Das weisen wir entschieden zurück.** Wir sind für den Neubau des „Hauses der Vereine“ in der Reselgasse eingetreten. Das „Neue Volkshaus“ dort ist oh-



**Bezirksgericht Knittelfeld:**  
**Dezember 2013: Verkauft vom Bund an private Investoren: Kaufpreis: 590.000 Euro.**  
**Mai 2016: Ankauf durch die Gemeinde von den privaten Investoren: Kaufpreis: 950.000 Euro.**

nehin desolat. Früher oder später muss damit etwas geschehen. Mit dem Neubau an dieser Stelle hätte die Gemeinde dieses Problem gleich mitlösen können. Wir waren der Meinung, ein moderner, energieeffizienter Neubau sei besser als der Ankauf eines rund 120 Jahre alten Gebäudes. Noch dazu, wenn man - zur Freude der privaten Investoren - noch 360.000 Euro mehr dafür bezahlt als die Vorbesitzer.

### Drohung Asylheim

Der Kauf des Bezirksgerichtes wurde damals auch damit begründet, dass dort die Errichtung eines Asylheims geplant sei. Es soll bereits einen fertigen Vertrag der privaten Investoren mit dem Bund gegeben haben. Diesen Vertrag durften wir allerdings nicht einsehen.

**Im** Gemeinderat sprach Bürgermeister Gerald Schmid von 400 bis 450 Asylwerbern im Gebäude. Wir haben uns damals in Sachen Asylheim direkt beim Innenministerium erkundigt. Einige Wochen nach dem Ankaufbeschluss wurde uns vom Innenministerium in einem Mail (siehe nebenstehende Abbildung) mitgeteilt, dass von Seiten des Bundes keine Nutzung des ehemaligen Bezirksgerichtes als Asylheim geplant sei.

**Wir** waren schon damals der Meinung, die Drohung mit einem Asylheim könne kein Kriterium sein ein Gebäude zu ankaufen. Damit macht man sich nur erpressbar.

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 2. Mai 2016 darf mitgeteilt werden, dass von Seiten des Bundes keine Nutzung des ehemaligen Bezirksgerichtes Knittelfeld als Betreuungsstelle zur Unterbringung und Versorgung von Asylwerberinnen und Asylwerbern geplant ist.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Bundesminister:

Mag. Gernot Maier

### Asylheim in der Sandgasse wird geschlossen

In der letzten Gemeinderatssitzung berichtete der Bürgermeister, dass die Asylwerberunterkunft in der Sandgasse mit 30. September geschlossen wird.

Denn Österreichweit ist die Zahl von AsylwerberInnen rückläufig. In vielen Gemeinden werden Asylunterkünfte wieder aufgelassen. Sorgen über die Auslastung eines Asylquartiers hätten sich die Vorbesitzer des Bezirksgerichtes aber ohnehin nicht machen müssen. Schließlich hat die Gemeinde ihnen das Gebäude zu einem um 360.000 Euro höheren Preis abgekauft.

## Wie viel Einkaufsmärkte braucht der Mensch?



Das Einkaufszentrum-West wurde erweitert. Ein neuer Merkur-Markt ist eröffnet. Weitere Geschäfte, z.B. das „Dänische Bettenlager“ sollen folgen. Wir sehen diese Entwicklung kritisch.

**Immer** mehr Böden werden versiegelt. In Siedlungsräumen mit hohen Versiegelungsraten steigen die lokalen Temperaturen. Hitzetage werden begünstigt. Zudem können die Staubpartikel nicht mehr gebunden werden, was die Luftqualität verschlechtert.

**Auch** wichtige Bodenfunktionen, wie die Speicherung von Wasser und Kohlenstoff gehen verloren. Österreich hält bei der Verbauung der fruchtbaren Böden den Negativrekord in Europa. Mit diesem neuen Einkaufszentrum ist auch in Knittelfeld wieder ein Stück Grünland verschwunden.

**Die** Einkaufsmärkte machen sich gegenseitig Konkurrenz. Während neue Einkaufsstandorte entstehen, bangen die Beschäftigten in den alten Standorten um ihren Arbeitsplatz. Denn die Menschen haben immer weniger Geld zum Ausgeben im Geldbörsel. Seit dem EU-Beitritt sind die Löhne, Gehälter und Pensionen ständig gesunken.

**Auf** der einen Seite wird das Einkaufszentrum Landforsts modernisiert. Am anderen Stadtrand entsteht ein neuer Einkaufsbereich. Das alles macht es für die Geschäfte in der Innenstadt noch schwerer zu überleben. Dass ein millionenteurer Umbau des Hauptplatzes die Innenstadt als Einkaufsplatz massiv beleben wird, darf - auch angesichts der Entwicklungen am Stadtrand - stark bezweifelt werden.

### Gemeinderatsklausur zur Hauptplatzumgestaltung

In nächster Zeit soll es eine Arbeitssitzung des Gemeinderates zum Thema Hauptplatzumgestaltung geben. Das soll eine Informations- und Diskussionssitzung ohne Beschlussfassung sein. Das finden wir sehr positiv.

Inzwischen wirft die Hauptplatzumgestaltung bereits ihre finanziellen Schatten voraus. Im Stadtrat wurden die Vergabe der Planungsarbeiten und der Auftrag zur Erstellung eines Beleuchtungskonzeptes erteilt. Die KPÖ hat gegen beides gestimmt. Wir wollen zuerst eine grobe Kostenschätzung, bevor große Aufträge vergeben werden.

#### Hauptplatzumbau:

Planungsarbeiten: **85.000 Euro** zuzüglich MWSt.  
Beleuchtungskonzept: **15.000 Euro** zuzüglich MWSt.

### Aus dem Gemeinderat

#### Einkaufszentrum Landforst

**Das** Einkaufszentrum beim Landforst-Lagerhaus wird umgebaut. Das Lebensmittelgeschäft wird verlegt, es entsteht eine wintergartenartige Pflanzenverkaufshalle, die Parkplätze werden neu gestaltet. Der Hauptanteil des Geländes liegt in der Gemeinde Kobenz. Für einen kleinen Teil muss die Gemeinde Knittelfeld einen Bebauungsplan erlassen.

#### Kleingartenanlage Badgasse

**In** der vorletzten Gemeinderatssitzung wurde der Grundsatzbeschluss gefasst, dass PächterInnen der Kleingartenanlage in der Badgasse die Grundstücke auf Wunsch auch von der Gemeinde erwerben können. Nun wurde uns berichtet, dass neuen Interessenten an einem Kleingarten mitgeteilt worden sei, dass die Gärten nur mehr gekauft, aber nicht mehr gepachtet werden können.

KPÖ-GR Sonja Karimi hat nachgefragt, ob das stimme. Denn damit wären wir nicht einverstanden. Denn nicht jeder kann sich einen Ankauf leisten. Deshalb sollte es auch weiterhin die Möglichkeit zur Pacht geben. Der Bürgermeister sagte zu, dass es eine Lösung in diesem Sinne geben werde,

#### City-Kaufhaus

**Der** Bürgermeister berichtete, dass es für das City-Kaufhaus einen Kaufinteressenten gebe.

#### Wirtschaftsförderungen

**Der** Herrenfriseur am Hauptplatz, Hamid Sliman-Maluma und der Zahnarzt in der Kärntnerstraße, Herr DDr. Primoz Ivancic, erhielten für ihre Neueröffnungen eine Wirtschaftsförderung. Diese besteht aus einem gestaffelten Zuschuss zur Kommunalabgabe.

#### Auftragsvergaben

**Für** die Aufschließung des Merkur-Marktes wurden folgende Auftragsvergaben beschlossen: Planung Ampelanlage (Firma IKK) rund 13.700 Euro. Lieferung Ampelanlage (Firma Siemens) rund 93.300 Euro. Ausbau Kärntner Straße (Firma Porr) rund 161.900 Euro. Für diese Vorhaben gibt es eine Kostenbeteiligung des Landes von 90.000 Euro.

#### Promotool

**Der** Bürgermeister berichtete, dass die Firma Promotool eine neue Produktionshalle errichten werde.

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



# Lärmschutz erst nach Monaten

Derzeit wird der Lärmschutz im Bereich der Autobahn Knittelfeld-West montiert. Die AnrainerInnen mussten sehr lange darauf warten. Belagsanierungen wurden rasch durchgeführt. Der Lärmschutz wurde aber nicht montiert.

**Die** Asfinag hat die Verzögerung mit Lieferschwierigkeiten bei den Lärmschutzwänden begründet. Zum Vergleich: Es wurde mit Hochdruck daran gearbeitet, dass die Autobahn rechtzeitig vor dem Formel-1 Rennen befahrbar war. Die lärmgeplagten AnrainerInnen haben offensichtlich nicht den gleichen Stellenwert.

## Warum kein verbesserter Lärmschutz?

**Im** Zuge der Montagearbeiten kam es entlang der Autobahn zu Schlägerungen von Bäumen und Sträuchern. Das hat zu Protesten von AnrainerInnen geführt. In einem Gespräch mit einem Vertreter der Asfinag wurde erklärt, dass die Asfinag nur den Standardlärmschutz errichte. Für einen besseren Lärmschutz wäre eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde nötig gewesen, und das war nicht der Fall.

**Im** Autobahnbereich sind sehr viele Menschen vom



Seit dem Frühjahr mussten die AnrainerInnen ohne Lärmschutz leben

Lärm betroffen. KPÖ-GR Sylvia Lammer wollte vom Bürgermeister wissen, warum eine finanzielle Beteiligung der Gemeinde für einen besseren Lärmschutz nie Thema im Gemeinderat gewesen sei. Der Bürgermeister erklärte, er werde diese Frage in der nächsten Gemeinderatssitzung beantworten.

## Braucht Knittelfeld eine Videoüberwachung?

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Grundsatzbeschluss zur Anmeldung der Videoüberwachung bei der Datenschutzbehörde gefasst. Die Festlegung der Standorte und die Ausschreibungen für die Überwachungsanlagen erfolgen später und werden abermals im Gemeinderat beschlossen. Die KPÖ hat zum Thema Videoüberwachung Stellung bezogen.

**Grundsätzlich** steht die KPÖ einer Videoüberwachung sehr kritisch gegenüber. Es besteht die Gefahr der Verletzung der Rechte von BürgerInnen, außerdem wird der Nutzen von Videoüberwachungen von vielen ExpertInnen durchaus kritisch betrachtet.

**Man** muss sich im Klaren sein, dass eine Videoüberwachung eine Straftat lediglich dokumentiert. Die Wurzeln und Ursachen von Kriminalität oder Anschlägen werden dadurch nicht beseitigt. Tatsache ist außerdem, dass die Kriminalität in Österreich rückläufig ist und somit die Sinnhaftigkeit von Videoüberwachung noch stärker hinterfragt werden kann.

**Durch** Videoaufzeichnungen wird die Frage der Sicherheit auf eine Frage der Überwachung reduziert. Für die KPÖ geht es beim Thema Sicherheit aber um viel mehr. Es geht um soziale Sicherheit und die Schaffung von Lebensbedingungen, die jedem Menschen die Möglichkeit zur Führung einer menschenwürdigen Existenz geben.

**Kriege**, Aufrüstung, Armut, Ausbeutung und der Verlust jeder Perspektive sind die wesentlichsten Ursachen von Anschlägen und Kriminalität. Videoüberwachung ist nur auf ein Symptom gerichtet, lässt die Ursachen aber unberührt.

**Für** die Sicherheit in Knittelfeld würden wir es mehr begrüßen, wenn die Gemeinde auf Konzepte der Stär-

kung von Zivilcourage und eines besseren Miteinanders setzen würde, wie es zum Beispiel die Gemeinde Ansfelden mit dem Projekt „Couragierte Gemeinde“ tut. (Einen entsprechenden Antrag haben wir vor dem Sommer im Gemeinderat eingebracht)

**Wir** lehnen Videoüberwachung an einzelnen, genau definierten Orten, wie zum Beispiel in einer Parkgarage oder öffentlichen WC Anlagen, nicht grundsätzlich ab. Deshalb stimmen wir der Einholung der Genehmigung bei der Datenschutzbehörde vorerst zu.

**Gleichzeitig** halten wir jetzt schon fest, dass wir einer Videoüberwachung auf Knittelfelds Straßen und Plätzen, z.B. am Hauptplatz, keinesfalls zustimmen werden. Die endgültige Entscheidung über die Zustimmung hängt also von den Aufstellungsorten und den Kosten der Videoüberwachung ab.

*Knittelfelder*

**NACHRICHTEN**

**Herzlichen Dank**

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

## „Wer zu spät kommt, den straft die Geschichte“

### Aktion der Gemeinde zum Equal Pay Day - um 15 Tage zu spät

Frauen verdienen - trotz gleicher Arbeit - sehr oft deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Das ist ein großes Unrecht. Um auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, wird jedes Jahr der „Equal Pay Day“, der „Tag der Einkommensgerechtigkeit“ begangen.

**Am** Equal Pay Day haben Männer bereits jenes Einkommen erreicht, für welches Frauen noch bis zum 31. Dezember arbeiten müssen. Der Equal Pay Day fällt - wie Ostern - jedes Jahr auf ein anderes Datum - je nachdem, ob sich die Einkommensschere schließt oder nicht. Heuer ist der Equal Pay Day in der Steiermark der 9. Oktober, österreichweit ist es der 13. Oktober.

**Obwohl** der Termin nicht jedes Jahr gleich ist, ist das Datum keinesfalls willkürlich, sondern hat Sinn und Symbolkraft. Es ist eben **genau jener Tag**, ab dem das Unrecht der schlechteren Bezahlung von Frauen beginnt. Es geht darum, ein Unrecht bewusst zu machen. Dabei spielt auch das Datum eine wichtige Rolle. Am Equal Pay Day gibt es für Aktionen zur Einkommensgerechtigkeit - und damit für die Bewusstseinsbildung - zudem mediale Aufmerksamkeit.

**Im** Vorjahr hat sich die Gemeinde Knittelfeld auf Initiative der KPÖ erstmals am Equal Pay Day beteiligt. Unter dem Motto „Fairer Kaffee für faire Bezahlung“ gab es Fair-Trade-Kaffee, Torte und Flugblätter. Bereits im Mai dieses Jahres wurde im Ausschuss „Kinder, Jugend und Familie“ festgelegt, dass es wieder eine Aktion geben sollte. In der Sitzung Anfang September wurde der 9. Oktober, der steirische Equal Pay Day, als Aktionsdatum ins Auge gefasst.

**KPÖ**-Stadträtin Renate Pacher ist Frauenreferentin der Gemeinde Knittelfeld. Ohne Rücksprache mit ihr wurde das Datum der Aktion, mit der Begründung „Nationalratswahlen“, auf den 25. Oktober verlegt.

**StR** Pacher hat offiziell gegen diese Verschiebung protestiert. Eine Aktion am 25. Oktober, 15 Tage(!) nach dem steirischen Equal Pay Day durchzuführen ist willkürlich und hat keinen Bezug mehr zum Sinn und Inhalt des Datums. Eine derartige Verschiebung würde die ganze Aktion entwerten. Was macht es für einen Eindruck, wenn man am 25. Oktober erklärt: „Vor 15 Tagen **war** der Equal Pay Day in der Steiermark, wir machen mehr als zwei Wochen später eine Aktion dazu?“ Eine Aktion zum Equal Pay Day am 25. Oktober ist, als ob man Weihnachten, den 1. Mai oder



**Equal Pay Day 2017:**  
**Steiermark: 9. Oktober**  
**Österreich: 13. Oktober**  
**Aktion der Gemeinde**  
**Knittelfeld: 25. Oktober**

den 26. Oktober zwei Wochen später begehen würde.

**StR.** Pacher hat den Bürgermeister und die Mitglieder des Ausschusses Kinder Jugend und Familie dringend darum ersucht, sich für eine Aktion zum Equal Pay Day zwischen 9. und 13. Oktober einzusetzen. Auch ein persönliches Gespräch mit dem Bürgermeister und ein Appell im Gemeinderat blieben leider ohne Erfolg. Die Aktion der Gemeinde findet am 25. Oktober statt.

**Wir** sind über diese Vorgangsweise empört und auch traurig. Wir hätten uns eine Aktion der Gemeinde in Sachen Einkommensgerechtigkeit am Equal Pay Day sehr gewünscht. Wie ernst es den Gemeindeverantwortlichen mit Frauenrechten ist, überlassen wir jeder/m selbst zur Beurteilung.

#### Interessante Videos auf Youtube:

„Die Anstalt“

politische Satiresendung

„Dr. Daniele Ganser“

Friedensforscher

#### Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher  
und DSA Karin Gruber

**Mittwoch, 18. Oktober**

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld  
Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr  
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

**Raiffeisenbank  
Aichfeld**



## 40 Euro Energiekostenbeihilfe für Menschen mit geringem Einkommen von SPÖ und FPÖ abgelehnt

Die Stadtgemeinde zahlt an Menschen mit geringem Einkommen einmal im Jahr unter dem Titel Heizkostenzuschuss einen Zuschuss von 60 Euro. Den Zuschuss bekommen MindestpensionistInnen und BezieherInnen von Mindestsicherung und Reha-Geld. Die Höhe ist seit 2010 unverändert. Anträge der KPÖ, diesen Zuschuss zu erhöhen, wurden laufend abgelehnt. Immer wurde auf das nächste Jahr vertröstet.

**Im** Frühjahr dieses Jahres wurde auf Antrag der FPÖ beschlossen für MindestpensionistInnen unter dem Titel „Energiekostenbeihilfe“ zusätzlich 40 Euro auszubezahlen. Menschen mit Mindestsicherung oder Reha-Geld wurden von dieser Sozialleistung ausdrücklich ausgeschlossen. Das haben wir kritisiert.

### 70 Prozent der MindestsicherungsbezieherInnen sind berufstätig

**Wer** Reha-Geld bezieht ist krank. Das Reha-Geld ist zumeist nicht sehr hoch. BezieherInnen von Mindestsicherung haben das geringste Einkommen. Rund 70 Prozent von ihnen sind berufstätig. Sie verdienen aber so wenig, dass sie einen Zuschuss zum Überleben brauchen. All diese Menschen könnten die zusätzlichen 40 Euro gut gebrauchen.

**Bei** Menschen mit geringem Einkommen noch Aufteilungen vorzunehmen und nur einer Personengruppe eine Sozialleistung zukommen zu lassen, ist für uns

sozial nicht vertretbar. Dazu kommt noch, dass es sich um keine großen Beträge handelt. Die Einbeziehung von MindestsicherungsbezieherInnen in die Energiekostenbeihilfe würde für heuer Kosten von rund 5.000 Euro verursachen. Ein Betrag, der leicht finanzierbar wäre. Besonders wenn man bedenkt, wofür sonst auf der Gemeinde das Geld recht locker sitzt.

### Kommentarlos abgelehnt

**Deshalb** haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung den Antrag gestellt, auch Menschen mit Reha-Geld und Mindestsicherung die Energiekostenbeihilfe zukommen zu lassen. Unser Antrag wurde von SPÖ und FPÖ ohne jede Diskussion kommentarlos abgelehnt.

### Armut ist Armut

**Lediglich** die ÖVP hat unseren Antrag unterstützt. ÖVP-Stadtrat Rene Jäger erklärte, dass man, wenn man eine Sozialleistung gewähre, keinen Unterschied machen solle woher ein Einkommen stamme. Denn Armut sei Armut. Eine Erklärung, die uns sehr gefallen hat. Somit hat die ÖVP im Knittelfelder Gemeinderat eine sozialere Einstellung gezeigt als die SPÖ - von der „sozialen Heimatpartei“ FPÖ ganz zu schweigen.

**Die** KPÖ kandidiert mit dem Motto „Sozial - auch nach der Wahl“. SPÖ und FPÖ geben sich hier nicht einmal vor der Wahl sozial.



## Seniorenheim Wegwarte

### Rund 656.000 Euro Managementfee

Der Rechnungsabschluss für das Wegwarte-Seniorenheim wurde beschlossen. Es gab einen Abgang von rund 32.000 Euro. Trotzdem ist die Managementfee, die an den privaten, gewinnorientierten Betreiber fließt, um fast 16.000 Euro höher ausgefallen, als im Budget vorgesehen. Die Managementfee beträgt rund 656.000 Euro.

**Wir** haben dem Rechnungsabschluss nicht zugestimmt. Die KPÖ war von Beginn an gegen diese Konstruktion mit einem privaten, gewinnorientierten Betreiber. Wir können auch keiner Abrechnung zustimmen, die eine derart hohe Managementfee für private Betreiber vorsieht.

**Von** BewohnerInnen hört man, dass das Personal bemüht sei, aber auch Arbeitsdruck und Zeitmangel zu spüren seien. Was für eine Qualitätsverbesserung wäre es für BewohnerInnen und Beschäftigte, wenn die Managementfee nicht an die privaten Betreiber fließen würde, sondern z.B. für mehr Personal in der Pflege verwendet werden könnte.

Steiermärkische

**SPARKASSE**

In jeder Beziehung zählen die Menschen.

## Neuer Kinderspielplatz in der Neustadt geplant: Um 2/3 kleiner und wieder zeitlich befristet

**Kinder und Jugendliche haben immer weniger Freiräume. Es gibt immer weniger Plätze, an denen sie sich ungestört treffen oder spielen können. Immer mehr Flächen werden zugebaut.**

**Durch** die dichte Verbauung sind Interessenskonflikte mit dem Ruhebedürfnis von MieterInnen vorprogrammiert. In der Neustadt mussten in letzten Zeit zwei Kinderspielplätze Neubauten weichen. Der Spielplatz in der Portniggstraße wird durch den Bau neuer Wohnungen deutlich kleiner werden. Das haben wir im Gemeinderat und in unseren letzten Knittelfelder Nachrichten aufgezeigt und kritisiert.

**In** der letzten SPÖ-Zeitung wurden daraufhin alle Knittelfelder Spielplätze und das Sportstadion auf einer Doppelseite aufgelistet. Es stimmt, es gibt in Knittelfeld viele schöne Spielplätze - und dennoch kann man mit der jetzigen Entwicklung (Neustadt, Portniggstraße) nicht zufrieden sein. Dass kürzlich in der Neustadt der „Funcourt“ eröffnet wurde, ist sehr positiv. Das fängt den Trend zur Reduzierung von Spielflächen aber nur teilweise auf.

**Als** Ersatz für die zwei verbauten Spielplätze soll

am Ingeringweg ein neuer entstehen. Ursprünglich war dafür eine Fläche von 1.297 m<sup>2</sup> vorgesehen. Die Nutzung der Fläche, die der OWG gehört, war aber nur so lange gestattet, bis die OWG dort etwas baut. Damit waren wir damals nicht einverstanden. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde dieser Vertrag abgeändert. Leider nicht in unserem Sinn.

**Der** geplante Spielplatz ist nun nur mehr 405 m<sup>2</sup> groß. Die Stadtgemeinde errichtet den Spielplatz. Die OWG garantiert der Gemeinde eine Mindestnutzungsdauer von 15 Jahren. Danach hat die Gemeinde laut Vertrag, „nach schriftlicher Aufforderung durch die OWG, innerhalb von drei Monaten den Urzustand herzustellen“. Das heißt, der neue Spielplatz ist wesentlich kleiner, die Nutzung ist wieder zeitlich befristet.

**KPÖ-GR** Sylvia Lammer hat klargemacht, dass wir mit diesen Vertragsänderungen nicht einverstanden sind. Die OWG hätte der Gemeinde das Grundstück kostenlos überlassen sollen. Denn auch der OWG müsste der Spielplatz ein Anliegen sein. Damit wäre er gesichert und der Raum für Kinder nicht wieder mit einem Ablaufdatum versehen.

## Wohnen darf nicht arm machen

Jeder Mensch hat das Recht auf leistbares, sicheres, zeitgerechtes Wohnen.

### Parlamentarische Bürgerinitiative an den Österreichischen Nationalrat

Die Regierung hat uns ein modernes und soziales Mietrecht versprochen. Dieses Versprechen wird nicht eingehalten. Immer mehr Menschen können sich Mieten und Betriebskosten nicht mehr leisten. Vermieter, Makler, Wohnbaugesellschaften und Spekulanten machen große Gewinne aus dem Geschäft mit der steigenden Wohnungsnot.

#### Wir fordern:

- Einheitliche, niedrigere Obergrenzen für Mieten!
- Abschaffung der Maklerprovision für Mieterinnen und Mieter!
- Keine Privatisierungen öffentlichen Wohnraums!
- Ausweitung des kommunalen, öffentlichen Wohnbaus!

Mit Ihrer Unterschrift tragen Sie dazu bei, die Regierung an ihre eigenen Versprechen zu erinnern. Diese Forderungen werden auch von Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Mieterschutzorganisationen, und Seniorenverbänden erhoben.

#### Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für leistbares Wohnen!

Name	Adresse	Geburtsdatum	Datum	Unterschrift

**Bitte einsenden an: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld  
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240**